



MARCEL FRATZSCHER

Deutschland braucht mehr Gleichstellung – aus ökonomischer Vernunft!

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Bundesregierung diskutiert derzeit über viele große Reformen, mit denen Deutschland aus seiner wirtschaftlichen Schwäche herausfinden kann. Doch ein wichtiges Thema bleibt bisher weitgehend unbeachtet: die Gleichstellung von Frauen. Es geht dabei nicht nur um Gerechtigkeit. Es geht um zentrale Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie und sozialen Marktwirtschaft: gleiche Chancen und gleiche Freiheiten für alle Menschen. Und es geht um ökonomische Vernunft. Kein Land kann es sich leisten, auf das Potenzial der Hälfte seiner Bevölkerung zu verzichten.

Vor diesem Hintergrund haben kürzlich acht Initiator*innen einen offenen Brief, den 15 weitere Wissenschaftler*innen unterzeichnet haben, an den Bundeskanzler und Vizekanzler geschickt und eine Reform des Ehegattensplittings vorgeschlagen. Dieser Vorschlag, der ein begrenztes Realsplitting vorsieht, ist pragmatisch und bezieht möglichst viele Positionen ein. Die Ehe soll steuerlich weiter anerkannt, aber der unbegrenzte Vorteil für Paare mit sehr ungleichen Einkommen begrenzt werden. Die Mittel würden dann stärker zu Familien mit Kindern gelenkt werden. So werden drei Ziele verbunden: Respekt vor Ehe und Familie, bessere Förderung von Kindern und stärkere Erwerbsanreize für Frauen.

Die Debatte über Gleichstellung wird in Deutschland noch immer zu oft moralisch geführt – als gehe es darum, Frauen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Das Gegenteil ist richtig. Gute Gleichstellungspolitik schafft Freiheit. Sie nimmt niemandem die Entscheidung ab, wie Familie und Beruf organisiert werden sollen. Aber sie beseitigt staatlich geschaffene Hürden, die heute viele Frauen in Teilzeit, Minijobs, finanzielle Abhängigkeit und später in Altersarmut drängen.

Für viele Frauen lohnt sich mehr Erwerbsarbeit nach der Kinderphase derzeit finanziell zu wenig. Das Ergebnis ist eine gigantische Verschwendung von Talenten. Die Bundesregierung muss in drei Bereichen handeln: Erstens brauchen wir massive Investitionen in Infrastruktur wie Kitas, Ganztagschulen, Pflege und Bildung. Es reicht nicht, einen Rechtsanspruch

zu beschließen, wenn die Qualität schlecht ist und Öffnungszeiten unzuverlässig sind. Zweitens müssen finanzielle Anreize deutlich verbessert werden. Ehegattensplitting, beitragsfreie Mitversicherung und Minijobs wirken in Kombination wie eine Teilzeitfalle. Sie machen es für viele Frauen rational, weniger oder gar nicht zu arbeiten. Eine Reform des Splittings allein reicht nicht, sie muss mit einer Reform der Minijobs und der Mitversicherung verbunden werden. Drittens muss Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt konsequenter bekämpft werden. Frauen werden seltener befördert, arbeiten häufiger in unterbewerteten Berufen, tragen mehr unbezahlte Sorgearbeit und verdienen im Durchschnitt weniger.

Die größte Hürde sind aber Werte, Rollenbilder und Machtstrukturen – oft verteidigt von Männern, die noch immer an den Schaltstellen von Politik, Wirtschaft und Verwaltung sitzen und Veränderungen blockieren. Das Paradoxe ist, dass viele junge Männer und Väter in ihren Einstellungen progressiver sind als die Politik. Sie wollen Zeit mit ihren Kindern verbringen, Verantwortung in der Familie übernehmen und ihren Partnerinnen gleiche Chancen ermöglichen. Viele junge Paare wünschen sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Aber auch sie scheitern an Arbeitskulturen, die Männer für eine längere Elternzeit belächeln, an Unternehmen, die Führung in Teilzeit kaum zulassen, und an Kitas und Schulen, die mit Vollzeitwerbstätigkeit beider Eltern nicht kompatibel sind.

Deshalb muss die Reform des Elterngeldes in die richtige Richtung gehen. Sie sollte helfen, Väter stärker in Verantwortung zu bringen, partnerschaftliche Modelle belohnen und Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. Gute Familienpolitik ist die Politik, die beiden Elternteilen echte Optionen gibt, um Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Karriere und Familie fairer zu teilen.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 12. Juni 2026 zuerst online bei Die Zeit erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 17. Juni 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Pia Hüttl

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787